



Ausschuss für Kommunalpolitik

65. Sitzung (öffentlich)

29. August 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:25 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

- 1 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen**

8

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5445

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den Tagesordnungspunkt nicht heute, sondern erst in der nächsten Sitzung abschließend zu behandeln.

**2 Schulleitermangel an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen:
Landesregierung muss endlich handeln 9**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4432

Ausschussprotokoll 16/599

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Ohne Aussprache wird der Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

3 Verfall der Infrastruktur und Rückbau des ÖPNV stoppen: Finanzmittel sichern und vorziehen, Kommunen beistehen 10

Antrag
der Fraktion der PIRATEN

Ausschussprotokoll 16/580

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Ohne Debatte lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN den Antrag ab; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr.

4 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413

Ausschussprotokoll 16/594

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Rechtsausschuss zu verzichten.

5 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen **12**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489

In Verbindung mit:

Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5490

Ausschussprotokoll 16/586

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an die beiden federführenden Ausschüsse auszusprechen.

6 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land NRW **13**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6091

Stellungnahme 16/1920

Der Ausschuss beschließt die bereits im Kreis der Obleute verabredete Anhörung für den 24. Oktober 2014.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit **14**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6080

Stellungnahme 16/1962

Der Ausschuss beschließt für den 21. November 2014 die Durchführung einer Anhörung zu dem obengenannten Gesetzentwurf und zu dem Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/5039.

8 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW **15**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der vom AGS geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

9 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften **16**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6089

Stellungnahme 16/1914
Stellungnahme 16/1925
Stellungnahme 16/1989

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der vom Innenausschuss beschlossenen, aber noch zu terminierenden Anhörung pflichtig zu beteiligen.

10 Orientierungsdaten der Landesregierung für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Kommunen – Warum irritiert der Innenminister die Städte und Gemeinden mit absehbar falschen Zahlen? **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2089

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

11 Zweckentfremdung von Müllgebühren mit Duldung der Kommunalaufsicht **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2118

– Diskussion

18

- 12 Berücksichtigt die Landesregierung auch die Interessen der Kommunen bei den Vorarbeiten der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen? 19**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2093
- Diskussion 19
- 13 Sparkommissar in Altena: Außer Steuererhöhungen nichts gewesen? 21**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2097
- Diskussion 21
- 14 Überdimensionierte, kostenintensive und handlungsunfähige Verwaltungsorgane vermeiden – Welche Planungen verfolgt die Landesregierung, die Überdehnung der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr für die laufende Legislaturperiode zu korrigieren? 23**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2088
- Diskussion 23
- 15 Ela und die Folgen – Haben die Kommunen die Kosten für die Unwetterschäden allein zu tragen? 29**
- Bericht
der Landesregierung
- Bericht durch MDgt Johannes Winkel (MIK) 29
- Diskussion 31
- 16 Verschiedenes 33**

6 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6091

Stellungnahme 16/1920

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 3. Juli 2014 zur alleinigen Befassung an den AKo überwiesen worden. Gemäß Geschäftsordnung des Landtages habe man die kommunalen Spitzenverbände bereits um eine Stellungnahme gebeten, die nunmehr vorliege.

Die Obleute hätten sich zwischenzeitlich darauf verständigt, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese solle am 24. Oktober 2014 durchgeführt werden, und die Sachverständigen seien inzwischen von Frau Landtagspräsidentin eingeladen und um Stellungnahmen gebeten worden. Heute gehe es um den formellen Anhörungsbeschluss des Ausschusses.

Der Ausschuss beschließt die bereits im Kreis der Obleute verabredete Anhörung für den 24. Oktober 2014.

